

// LANDESVORSTANDSSPRECHER //

Mitgliederversammlung „Schule“ der GEW Bremen | 13.10.2015 Begrüßungsrede durch Christian Gloede (GLV-Sprecher)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

warum eine Teilbereichsversammlung der GEW für den Bereich Schule? Sind die Probleme, die bildungspolitischen Rahmenbedingungen, unsere Handlungsstrategien nicht allumfassend? Brauchen wir nicht gerade jetzt eine nach außen hin transportierte Ganzheitlichkeit der von Bildung Betroffenen – egal, ob als Lernende oder Lehrende? Im Prinzip ja und trotzdem haben wir es anders entschieden.

Die zeitliche Planung dieser MV war bestimmt durch die PR-Wahlen am 9. März 2016. Wir wollen wieder ein gutes Ergebnis erzielen (20+X); dafür ist insbesondere im Bereich Schule die frühzeitige Einbeziehung der Mitglieder wichtig, aber eben auch die der Kandidat*innen. Daher sollte im Zentrum des heutigen Abends die Wahl der Liste für die PR-Wahl stehen. Über diese Liste können satzungsgemäß auch nur die von dieser Wahl betroffenen abstimmen.

Gleichzeitig stehen wir kurz vor unserem „Wahl-Gewerkschaftstag“ am 23./24.11. Hier werden wir, auch öffentlich, zu den brennenden Fragen bremischer Bildungspolitik Stellung beziehen. Dabei wird die Forderung nach einem Nachtragshaushalt Kinder und Bildung im Zentrum stehen – diese Notwendigkeit zeichnet sich bereits seit längerem deutlich ab!

Diese Diskussion und unsere Argumentation werden wir heute schärfen. Es liegt euch ein Antrag vor, man könnte auch sagen, der Entwurf eines Offenen Briefes, der die gegenwärtige Situation im Schulbereich beschreibt und Forderungen ableitet. Dazu wird Jürgen Burger später noch dezidiertere Hinweise geben.

Angesichts der weltweiten Flüchtlingsbewegungen sind wir, sehr vereinfacht ausgedrückt, derzeit konfrontiert mit zwei Haltungen: Zum einen die uneingeschränkte Hilfsbereitschaft vieler Menschen, zum anderen das gefühlt ebenso uneingeschränkte Anwachsen nationalistischer und rassistischer Ressentiments. Das Stimmungshoch des Herrn Seehofer und die Wahlen in Wien mögen hierfür ein Indiz sein – mehr noch, als täglich überfallene Flüchtlingsunterkünfte.

Diese Polarisierung lässt kaum mehr Raum für die Formulierung notwendiger und angemessener Forderungen. Fehlende Finanzmittel in Ländern und Kommunen werden nur noch mit dem Hinweis auf die Errichtung von Unterkünften und der Versorgung von Flüchtlingen eigefordert. Das gipfelt dann in Äußerungen, dass die Aufwendungen für Flüchtlinge dazu führen könnten, die Schuldenbremse nicht mehr einzuhalten. Aber es bleibt dabei: Die Steuereinnahmen sprudeln weiter – ihre Verteilung ist das Problem.

Nun wird voraussichtlich ein großer Teil dieser Steuereinnahmen in die Sanierung eines großen niedersächsischen Automobilkonzerns fließen. Ob es in diesem Zuge, verursacht durch doch größere Absatzeinbrüche, dazu kommt, Fabrikhallen in Wolfsburg zu Flüchtlingsunterkünften umzubauen, ist derzeit nicht absehbar...

Absehbar ist aber, dass die weitere Nutzung von Sporthallen und der Bezirkssportanlagen zur Flüchtlingsunterbringung eine gewisse Solidarität untergraben und gefährden wird. Wenn diese Nutzung der Sporthallen ein Ergebnis der Ressortumverteilung im Senat ist (Soziales mit Frau Stahmann hat ja Sport statt Kitas bekommen), dann sollten wir dafür sein, die Flüchtlingsfrage dem Bausenator zu überantworten...

Das Gegeneinanderauspielen von Interessen ist nichts Neues – wir müssen nur aufmerksam bleiben: Deutlich wurde dies in der Tarifaueinandersetzung im Sozial- und Erziehungsdienst, besser bekannt als „Kita-Streik“! Nach wochenlangen Verhandlungsversuchen und Streiks argumentierten die Arbeitgeber letztlich nur noch mit ihrer Finanzknappheit aufgrund der Flüchtlingskosten und dass vor diesem Hintergrund die Forderungen nach Aufwertung moralisch verwerflich seien.

Diese Haltung hat mit dazu beigetragen, dass die öffentliche Stimmung der Solidarität bröckelte – aber, auch das will ich hier klar sagen, sie ist nicht verantwortlich für das letztlich ausgehandelte Tarifergebnis.

In der Frage der Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes bzgl. Forderungen und Strategie wurden fundamentale Unterschiede auch zwischen den Gewerkschaften verdi und GEW deutlich: Die von Bsirske erhobene Forderung nach mindestens 10% mehr Lohn, hat die bildungs- und gesellschaftspolitische Dimension der „Aufwertungsfrage“ von Beginn an nach hinten gerückt. Uns ging es in dieser Tarifaueinandersetzung gerade auch darum, die Profession zu stärken und die Professionalität. Frühkindliche Bildungsprozesse zu strukturieren ist eine Anforderung, die mit der klassischen Erzieherausbildung nicht mehr allein beantwortet werden kann. Die in der alten Entgeltordnung beschriebenen Tätigkeiten einer Erzieherin mit herausgehobenen Merkmalen (Individualisierung, Sprachförderung, Integration,...) sind mittlerweile „Regeltätigkeiten“. Dies in der neuen EGO zu beschreiben, ist nicht gelungen, wir konnten noch nicht einmal durchsetzen, dass dies an vorderer Stelle diskutiert wird. Daher ist diese „Aufwertungsrunde“ nach meiner Auffassung in der Tat eher eine verkappte zwischengeschaltete Lohnrunde geworden. Dass dabei insbesondere diejenigen auf der Strecke blieben, die nicht gut organisiert sind (stichwort: Schulsozialarbeiter) oder die es noch viel zu wenig gibt (stichwort: Kindheitspädagogen) ist genau dem geschuldet. Nun sind wir in der Urabstimmung bis Ende des Monats, ich gehe dennoch von einer breiten Zustimmung aus, da, wie gesagt, das gesellschaftliche Klima gerade nicht auf Kita-Streik ausgerichtet ist.

Auch aus einer anderen Tarifaueinandersetzung sind wir nur bedingt erfolgreich hervorgegangen: die Lohnerhöhungen im Länderbereich sind zwar ganz passabel, das Ziel einer Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte wurde aber nicht von uns erreicht, sondern vom dbb. Nun ist diese EGO des dbb aus unserer Sicht kein Erfolg, da sie im Wesentlichen nur das tarifiert, was schon vorher in zig Richtlinien stand, es für einige Verbesserungen gibt, für andere aber auch Verschlechterungen – also nichts, was wir hätten unterschreiben können. Aber es ist eine schwierige Situation eingetreten, da nicht völlig klar ist, für wen nun diese neue EGO gilt und wie wir damit nun umgehen, dass sie gilt. Die meisten Bundesländer haben mittlerweile die Beschlüsse der TdL umgesetzt und allen angestellten Lehrkräften mitgeteilt, dass nun dieser TV für alle außer den GEW-Mitgliedern gilt und der GEW aber den Beitritt angeboten. Das haben wir abgelehnt, ohne allerdings schon eine differenzierte Position zum weiteren Verfahren zu haben. Berlin und Sachsen werden nun länderbezogen für etwas Besseres kämpfen, eine bundeseinheitliche Positionierung der GEW wird zu Beginn des kommenden Jahres erwartet im Rahmen einer tarifpolitischen Konferenz mit Grundsatzcharakter, da auch hier unser Verhältnis zu verdi auf dem Prüfstand steht.

Liebe Kolleg*innen,

wir spüren täglich, dass die Mittel für gute Bildung in diesem Land fehlen. Das hat sich auch in Bremen durch den mehrfachen Austausch von Köpfen nicht geändert. Auch der letzte Wechsel ist keiner auf die Zukunft. Die versprochenen zusätzlichen Stellen sind zum einen noch unter der alten Regierung auf den Weg gebracht und zum anderen noch nicht angekommen. Die aufgestockte Vertretungsreserve reicht nicht aus und zunehmend werden Kolleg*innen über die Stadtteilschule als Lehrkräfte beschäftigt, befristet wie unbefristet.

Über 30 Referendariatsplätze wurden zum 1.9. nicht besetzt. Sonderpädagogen werden dringend gebraucht, es gibt sie nicht – oder sie wollen nicht hierher. Hier ist dringend eine Evaluation des gesamten Einstellungsprozedere nötig. Zunehmende Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit führen zwingend zu weiterem Anstieg von Krankheit und Ausstieg. Die Kampagne der GEW und des PR zu Gefährdungsanzeigen am Arbeitsplatz Schule ist notwendiger denn je.

Auch wenn es unbequem ist: Nicht die Flüchtlinge sind in den Schulen und Bildungseinrichtungen das Problem, sondern die Unterfinanzierung der Regelaufgaben. Und an dieser Stelle versagt nicht in erster Linie die Bundesregierung, sondern der Senat, der nicht die Möglichkeiten ausschöpft, die er hat, um mehr Geld in Bremer Bildung zu investieren. Über 1000€ gibt Bremen weniger pro Schulkind und Jahr aus, als Hamburg und Berlin. Die Aufhebung dieses Gefälles müsste sogar dem Stabilitätsrat einleuchten – wenn man es denn versuchte.

Wir werden weiterhin versuchen, unsere Argumente für eine gute Bildung in die Öffentlichkeit zu bringen. Manchmal werden wir dies auch zukünftig mit Aktionen begleiten. Dabei ist uns klar, und das zeigt die Berichterstattung über die großartige TTIP-Demo vom vergangenen Samstag in Berlin mit nahezu 200.000 Teilnehmenden, dass wir auch mit Verunglimpfungen rechnen müssen.

Wenn wir 45 Mio € ab 2016 zusätzlich im Bildungshaushalt (und zwar für die Schulen) fordern, ist das die unterste Kante dessen, was nötig ist und beschreibt lediglich den Anstieg der Schülerzahlen sowie die bereits 2013 vom Rechnungshof geforderten 20 Mio zur Umsetzung des Schulgesetzes hinsichtlich der Inklusion.

Liebe Kolleg*innen,

es gibt vermutlich aktuell nicht so viele in diesem Land, die das Grundrecht auf Bildung uneingeschränkt einfordern. Dieses Grundrecht und das auf Asyl dürfen ebenso wenig verhandelbar sein, wie Standards für Inklusion und Integration aus Kostengründen relativiert werden dürfen! Dafür steht die GEW!

Die von der Senatorin für Kinder und Bildung angekündigten zusätzlichen 75 Stellen für die Vorkurse reichen bei weitem nicht aus. Selbst unsere Berechnungen aus dem September mit ca. 150 Lehrkräften sind mittlerweile überholt. Die Kinder und Jugendlichen verbleiben nicht in den Vorkursen, sondern werden Schritt für Schritt ins Regelschulsystem übernommen. Wir benötigen also dringlichst ein Schulraum- und Personalkonzept, das dieser Situation Rechnung trägt – aber nichts davon ist spürbar. Ähnliches gilt für den Ausbau von Kitas. Die bisherigen „Lösungsvorschläge“ heißen Bebauung öffentlicher Spielplätze mit Kitas... Dabei fußen diese Planungen allein auf dem beschlossenen Ausbau aufgrund des Mehrbedarfs in der U3-Betreuung. Allein 2015 wird aber in Bremen mit zusätzlich über 900 0-6Jährigen gerechnet, von denen ein großer Teil ebenfalls in die Kitas gehen soll. Allein hier würden mindestens 30-35 zusätzliche Kita-Gruppen eingerichtet werden müssen – und diese Kinder werden auch demnächst Schulkinder. Ein bisschen mehr Weitblick sollte man sich da schon gönnen...

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD hat Recht, wenn er feststellt, dass „unsere Kitas, Schulen und Berufsschulen heute quantitativ und qualitativ nicht ausreichend auf die Herausforderung vorbereitet“ sind. Er beschreibt völlig richtig das Kooperationsverbot im Grundgesetz als einen „in Verfassungstext gegossenen Irrtum“. Es müsse wieder abgeschafft werden. Er fordert eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung und ein zweites Ganztagsausbauprogramm und natürlich den Ausbau der Schulsozialarbeit sowie sieben weitere Punkte. Ja, aber meines Wissens sitzt die SPD doch in der Bundesregierung. Wo bleibt die kraftvolle Initiative? Die 11 Bausteine für eine Nationale Bildungsallianz klingen in hohem Maße abgeschrieben aus GEW-Papieren. Aber ich will hier keinen Plagiatsvorwurf erheben...

Aber wenn man dies liest, wirkt es schon ein bisschen dünne, was der Bremer Senat auflegt. 300 Stellen im 3. Sofortprogramm zur Flüchtlingsaufnahme – keine davon für die Schulen, mit Ausnahme von 18 Stellen zur Unterstützung der Schulsekretärinnen bei der Organisation von Vorkursen zum Spracherwerb. Keine zusätzlichen Schulsozialarbeiter, keine Schulpsychologen zur Unterstützung bei der Bearbeitung von fluchtbedingten Traumata, auch keine unterstützende Supervision für die Kolleg*innen, die ja auch mit völlig neuen Problemen konfrontiert sind... Kinder und Bildung von der vorher verhängten Haushaltssperre auszunehmen klingt da fast zynisch.

Aber, Liebe Kolleg*innen,

wir werden dennoch kraftvoll und engagiert unsere Arbeit tun, in dem vollen Bewusstsein, dass in diesem Land Geld genug vorhanden ist. Dass es noch nicht zum Wohle der Mehrheit der Menschen eingesetzt wird ist etwas, an dem wir noch arbeiten müssen.

Damit wir diese Kraft nicht verlieren, ist ein starker Personalrat fast so wichtig wie eine starke Gewerkschaft, wie eine starke GEW! Eine wesentliche Grundlage dafür ist die Verankerung an und in den Schulen. Dazu werden wir auch unsere Strukturen ansehen und verstärkt Vertrauensleutearbeit aufbauen und organizing-Projekte betreiben müssen. Eure Ideen, eure Unterstützung sind dabei hochgradig erwünscht und notwendig!

Einige der Themen, die uns bis zur PR-Wahl am 9.3.2016 begleiten werden, habe ich angerissen; das Bemerkenswerte an unserem Wahlkampf, an unserer GEW- und PR-Arbeit ist, dass die unmittelbare Interessensvertretung für die Beschäftigten immer auch die Seite der Lernenden im Blick hat und somit immer über das rein individuelle Interesse hinausgeht. Dadurch wird GEW- und PR-Arbeit gesellschaftlich relevant und glaubwürdig.

In diesem Sinne wünsche ich uns nun eine vorwärtsweisende Diskussion über unsere nächsten Ziele und eine deutliche Bestätigung unseres Listenvorschlages zur Wahl des PR Schulen.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit!